

Symposium

Antisemitismus und / in der Soziologie Teil 2

Einleitung

Paula-Irene Villa Braslansky

Hier nun kommt der zweite (und letzte) Teil des Symposiums zum Thema »Antisemitismus und / in der Soziologie«. Ich bin sicher, dass die im letzten und diesem Heft versammelten Texte zur soziologischen (!) Aufklärung beitragen und auch zur Vertiefung der Einsicht, dass wir die soziologische Auseinandersetzung mit dem Thema brauchen. Dauerhaft. Der forschende – reflexive, multimethodische, ergebnisoffene, rigorose – Blick auch auf unser eigenes Fach ist ein unerlässlicher Teil der Kritik am Antisemitismus. Wer es sich da zu einfach macht, verkennt womöglich die Vielgestaltigkeit und Präsenz von Antisemitismus. Wer es sich da zu einfach macht, verkennt womöglich auch die Kontextspezifizität und performative Diskurslogik von Antisemitismus. Das meint: Es kommt schon auch darauf an, wer was wo in welchem Zusammenhang wie formuliert. Immer. Auch dann, wenn es um Antisemitismus geht. Vor allem belegt die forschende (Selbst-)Kritik auch, dass die Vermeidung und Bekämpfung von Antisemitismus in der Wissenschaft weder ein Selbstläufer ist noch vom Politischen ersetzt werden kann.

Für einen sozialwissenschaftlichen Blick auf Antisemitismus und palästinasolidarische Proteste

Peter Ullrich

Welche Perspektiven kann die Soziologie zur aktuellen Debatte um Antisemitismus und den Israel-Palästina-Konflikt beitragen? Es ist sehr begrüßenswert, dass sich die DGS dieser Frage aktiv annimmt. Denn wie Klaus Holz im ersten Teil des Symposions richtig anmerkt, ist Antisemitismus in der Soziologie nur ein Thema am Rande (Holz 2025) – zu Unrecht angesichts seiner Bedeutung vor allem, aber nicht nur für westliche Gesellschaften. Außerdem ist der öffentliche Diskurs um Antisemitismus in seiner Verschränkung mit dem Nahostkonflikt verhärtet und weitgehend binär zwischen zwei Lagern strukturiert, die sich unter anderem um bestimmte Antisemitismusdefinitionen versammeln. Soziologie beziehungsweise Sozialwissenschaften im weiteren Sinne können hier mit ihren (sub-)disziplinär spezifischen, methodischen und theoretischen Mitteln zur konkreten soziologischen Aufklärung über einzelne Aspekte beitragen sowie grundsätzlich gegenstandsangemessene Komplexität herausarbeiten, die sich den Antagonismen der öffentlich-politischen Diskussion entzieht.

Ich werde im Folgenden einige dieser möglichen Beiträge des Faches skizzieren. Das tue ich teilweise in Auseinandersetzung mit dem Auftakttext zur DGS-Debatte um das Verhältnis von Soziologie und Antisemitismus im Sozblog (Daub 2024). Denn dieser Text, der sich primär »pro-palästinensischen Protesten« widmet, scheint mir doch noch eher symptomatisch für Probleme der *öffentlichen Debatte* im weiten diskursiven Feld Israel/Palästina/Judentum/Antisemitismus zu sein als schon ein *Beitrag zur angestrebten Soziologisierung*.

Die Probleme des öffentlichen Umgangs mit dem Themenfeld liegen unter anderem in den anwachsenden autoritären Tendenzen, mit denen die politischen und ethischen Konflikte und ihre inneren Widersprüchlichkeiten administrativ behoben werden sollen. Dazu gehört auch die Bedeutungszunahme von widerstreitenden *Bekanntnissen* zu Gebrauchsdefinitionen von Antisemitismus, die eine Signalfunktion weniger für antisemitismustheoretische als für nahostpolitische Positionierungen haben, diese Funktion aber

latent zu halten versuchen.¹ Die reiche Vielfalt von wissenschaftlichen Antisemitismusverständnissen (Ullrich et al. 2024) und die unterschiedlichen Konzeptualisierungen des Verhältnisses von Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik in der Geschichte nicht nur soziologischer Antisemitismusforschung gehen dabei verloren. Im fetischisierten Streit um Definitionen wird kaum noch reflektiert, inwiefern schon der Akt des öffentlich so bedeutungsvoll gewordenen Definierens als solches bei historischen (also sich wandelnden) und sozialen Gegenständen² angemessen ist, noch dazu, wenn es sich wie bei Antisemitismus um ein *thick concept* handelt, dessen analytische und normative Komponenten untrennbar ineinander verwoben sind. Völlig abstrus wird es, wenn an eine Definition die Erwartung universeller Einsetzbarkeit geknüpft und wenn – im Fall der IHRA-Definition – sie als Quasi-Recht sogar zunehmend verbindlich wird; eine Tendenz, die insbesondere die beiden jüngsten Bundestagsresolutionen zu Antisemitismus untermauern (Hirschauer 2025).

Dass die Debatte um den terroristischen Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 und den Gazakrieg so weitgehend unbelastet von wissenschafts- und antisemitismustheoretischer Begriffsreflexion ausgetragen wird, trägt mit dazu bei, dass vor allem »gefühlter Antisemitismus« weit verbreitet ist. Eine Umgangsweise mit dieser faktischen Begriffsunsicherheit ist die (diskursive wie juristische) Vereindeutigung beispielsweise der polyvalenten und gerade auch deswegen attraktiven Symboliken des Protests. Eine andere ist das Ausweichen auf eine rein quantitative Vorstellung eines *Umschlagens* von Israelkritik in Antisemitismus, anstelle semantisch *spezifischer* Bestimmung. Notwendig scheint also zuallererst Begriffs- und Unterscheidungsarbeit.

Notwendigkeit einer Unterscheidung: Antisemitismus und Nahost*konflikt*

Der erwähnte Kurzschluss des »Umschlagens« ist eine so verbreitete wie unzulässige Amalgamierung zunächst distinkter Phänomene,³ die Affinitäten und Überschneidungen aufweisen, aber eben eigene Genealogien mit sich bringen. Thomas Haury zu diesem Unterscheidungserfordernis: Maßgeblich

1 Namentlich die »Arbeitsdefinition Antisemitismus« (IHRA 2016) und die »Jerusalem Declaration on Antisemitism« (JDA 2021).

2 Also Gegenstände, die nicht unabhängig von ihrer Beobachtung durch die Gesellschaft existieren und im Sinne Gallies (1955) grundsätzlich umstritten sind.

3 Ein im Diskurs verbreiteter Kategorienfehler (Hirschauer 2025: 49).

für das Konstatieren von israelbezogenem Antisemitismus ist nicht Wahrheit, Angemessenheit oder Radikalität einer Position, sondern ob sie semantische Muster des Antisemitismus reproduziert (vgl. Haury 2024: 42 f.). Antisemitismus ist kein Generalschlüssel zum Verständnis aller problematisierbaren Aspekte der aktuellen Proteste. Die Debatte über die Gaza-Proteste fokussiert jedoch völlig auf Phänomene offensichtlich oder möglicherweise antisemitischen Charakters. Solche Vorfälle sind vielfach evident.⁴ Wesenhaft für die weltweiten Proteste *in ihrer Vielfalt* sind sie, nach allem, was wir wissen, jedoch nicht.

Es stellt sich vielmehr die Aufgabe – für die sozialwissenschaftliche Protest- und Konfliktforschung – genau zu untersuchen, in welchem Verhältnis hier menschenrechtlicher Universalismus zu Partikularismen steht, die aus antisemitischen Traditionen des Antizionismus ebenso schöpfen, wie aus der im Grundsatz nationalistischen Struktur des Ausgangskonfliktes⁵ – und welche konkreten Akteure sich in der jungen und transnationalen Campbewegung langfristig durchsetzen. Maximalistischen oder feindseligen Slogans und Symbolen innerhalb der Proteste,⁶ wie sie Daub benennt,⁷ ist rein antisemitismustheoretisch jedenfalls nicht zufriedenstellend beizukommen. Denn sie sind, wie auch die verbreiteten Landkarten, die die jeweils andere Seite symbolisch entnennen, geradezu universelle Muster entsprechender Konfliktkommunikation und auf beiden Seiten zu finden (Lintl, Ullrich 2024).

Sie müssen also *mindestens auch* als Ausdruck der etablierten und akut massiv gewaltvoll eskalierten Konfliktstruktur verstanden werden, in der sich Mechanismen (wie stereotype Feindbilder) zeigen, wie sie Gewaltkonflikte typischerweise begleiten. In einfachen Antisemitismus-»Definitionen« wie dem verbreiteten 3D-Test (auf Dämonisierung, Delegitimierung und doppelte Standards) werden sie jedoch fälschlicherweise als für Antisemitismus *spezifische* Merkmale ausgewiesen. Hier sind vor allem Konfliktsoziologie und Gewaltforschung gefragt, aber auch Kenntnis der Region, der Sprachen und eben des konkreten Konflikts, um holzschnittartige Deutungen polyvalenter Begriffe und Symboliken jenseits oberflächlicher Reflexe zu vermeiden. Das

4 Beispielsweise in der Verwendung von Symboliken der Hamas, einer auch antisemitisch geprägten Organisation.

5 Diese wird durch Akteure des Nahostkonflikts zweiter Ordnung im »Loyalitätssog« (Hirschauer 2025: 54) geradezu verdoppelt.

6 Beispielhaft »From the river to the sea«; vgl. zu dessen komplexer Bedeutungsgeschichte Goldberg und Confinio (2024).

7 Und nichtsoziologisch gesprochen: teils zurecht kritisiert.

häufige Fehlen konfliktsoziologischer Perspektiven bedingt einen antisemitismuskritischen (idealistischen) Reduktionismus, der sich im Extrem dazu versteigt, Antisemitismus zum eigentlichen Kern und Quell des Nahostkonflikts zu erheben (Rensmann, Stögner 2024) und ihn damit aller anderen Konfliktdimensionen zu entledigen.

Weniger »staatlich verordnete Moral«⁸

Trotzdem stellen sich hier weitreichende soziologische Fragen, beispielsweise ob sich ein Revival eines weltbildhaften Antizionismus mit Antisemitismusaffinität abzeichnet. Die verbreitete Reduktion des gesamten Konfliktfeldes auf einen nur an Antisemitismus und keinerlei anderen relevanten Faktoren interessierten Binarismus befördert jedoch zunächst vor allem die Entscheidung für den bei diesem Thema beliebtesten Modus: Moralkommunikation.

Hier ist nicht der Platz, auf alle erinnerungspolitischen Konflikte einzugehen, in denen sich, so Bergmann und Erb (1986: 227) schon in den achtziger Jahren, der (Anti-)Antisemitismus zum Zentralsymbol der politischen Kultur gemausert hat und in dessen Kontext die Doppelstruktur von Antisemitismus als Problem und Symbol gründet.⁹ In diesem Modus und auf Basis der oben genannten Entdifferenzierung von Konfliktdimensionen kann in quasi antifaschistischem Gestus¹⁰ und mit der »Staatsräson« im Hintergrund ordentlich vom Leder gezogen werden (Ullrich 2023). Denn die Proteste sind nach Daub nicht israelkritisch oder palästinasolidarisch, sondern »propalästinensisch« in Anführungszeichen (also eigentlich etwas anderes); sie sind »keine Meinungsäußerung«, sondern »eine gelenkte und organisierte Form des Antisemitismus«, die Protestierenden eine »indoktrinierte Masse«.¹¹

8 So Hirschauers abschließende Bemerkung (2025: 57).

9 Problem für die (potenziell) Betroffenen und Demokratie/Menschenrechte allgemein sowie gleichzeitig überdeterminiertes Symbol für politische Legitimitätszuschreibung in der postnazistischen Gesellschaft.

10 Nur in Übertragung auf die Gazaproteste mit einem dafür nicht recht geeigneten Objekt.

11 Ähnlich auch Vertreter:innen des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender im aufschlussreichen taz-Interview: »Diese Proteste sind nicht spontan, sondern organisiert und finanziert. Manche vermuten iranische Unterstützung, aber belegen kann ich das nicht. Klar ist jedoch, dass viel Geld und logistische Planung dahinterstecken.«, <https://taz.de/Hochschullehrende-ueber-Antisemitismus/!6076836/>, letzter Aufruf am 21. April 2025.

Mehr Protestforschung

Solche am Protestgeschehen selbst wenig interessierten, massenpsychologischen und irrationalisierenden Konzeptualisierungen hat die sozialwissenschaftliche Protestforschung längst *ad acta* gelegt. Über die Zielsetzungen der Protestierenden (jenseits der als problematisch identifizierten Aspekte) und insbesondere ihren Handlungskontext erfahren wir in der öffentlichen Debatte wie in Daubs Text wenig. Zu dem gehört neben den Kriegsverbrechen in Gaza als Protestanlass auch die gesellschaftliche Antagonisierung der Camps durch Repression und Stigmatisierung. Deswegen wären hier Untersuchungen wie Demonstrationsbefragungen und genaue Analysen des Bewegungsdiskurses angezeigt.¹²

Protestforscher:innen (und Jurist:innen) werden in Daubs Darstellungen – auch hier die allgemeine Debatte parallelisierend – noch einiges mehr an Verwunderlichem finden. Dem Protest wird vorgehalten, aggressiv, einseitig und nicht kompromissbereit zu sein. Das kann man natürlich (politisch) problematisch finden,¹³ aber man wird nicht umhinkommen, zwei Dinge zu konstatieren:

Erstens gehört es zum Wesen von Protest, zugespitzt, einseitig oder auch aggressiv zu sein (was Daub als »sich selbst als absolut und maßgebend setzend« kritisiert); schließlich dient dieses Medium der Erzielung von Aufmerksamkeit und der mindestens symbolischen Störung eines als problematisch empfundenen Status Quo, während konventionelle Politik sich aus Sicht der Protestierenden dieser Probleme nicht adäquat annimmt. Kompromissbereitschaft als Erstangebot von Protest ist eher ungewöhnlich. Und Protest ist eben keine wissenschaftliche Debatte; deshalb geht es ihm auch »nicht um einen wissenschaftlichen Streit«, soweit Daub sachlich korrekt, aber unpassend wertend.

Anders als Daub¹⁴ und die ganze moralische, nicht durch Rechtskenntnis abgekühlte Debatte, der die Proteste zu weit gehen, es nahelegen, gibt es zweitens durchaus ein sehr weitgehendes Recht auf Protest. Das ist ein demokratietheoretisch begründetes, handlungspraktisch in der »Bewegungs-

12 Die in der Protestforschung bestens etablierten Protestereignisanalysen (PEA), die das Protestgeschehen in erster Linie über Medienberichte erfassen, scheinen mir bei dem Thema angesichts der oft tendenziösen Berichterstattung an ihre Grenzen zu geraten.

13 Und ich selbst finde den missionarischen und selbsterhebenden Gestus eines Teils der Proteste tatsächlich *politisch* problematisch.

14 »Es gibt keine per se Legitimation für ›reinen‹ Protest.«

gesellschaft« (Neidhardt, Rucht 1993) etabliertes, verfassungsmäßig verbrieftes (Art. 8 GG) und durch Rechtsprechung mehrfach gestärktes Grundrecht. Innerhalb der Grenzen des Strafrechts gilt dieses völlig unabhängig von den geäußerten Ansichten und auch im halböffentlichen Raum wie den Hochschulen. Dieses Recht haben die Unterzeichner:innen der Erklärung gegen die gewaltintensive polizeiliche Räumung der Berliner FU-Besetzung unterstützt. Allein dafür wurden sie im Diskurs des autoritären Anti-Antisemitismus (Ullrich 2025) zu »Universitäten« und »Unterstützer[n] von Judenhasser-Demos«, so im Gleichklang die damalige Bildungsministerin, der Regierende Bürgermeister Berlins und die »Bild«.

Fazit

Was soziologische oder im breiteren Sinne geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven leisten können, ist Differenzierung auf Basis je spezifischer Perspektiven. Zu fragen wäre also nach den *unterschiedlichen* Quellen der Bewegungen in Antirassismus, Postkolonialismus, klassischer Palästinasolidarität, Friedensbewegung, allgemeinpolitischen, linken Gruppen, nationalistischen und religiösen/fundamentalistischen Kräften sowie nach der Wirksamkeit dieser genealogischen Hintergründe für die Gesamtkomposition und die sehr unterschiedlichen Protestdynamiken. Allein der Verlauf der Proteste an den verschiedenen Berliner Hochschulen weist auf eine große Vielfalt von Akteuren, Konstellationen und damit einhergehenden Konfliktdynamiken hin; noch vielfältiger ist das internationale Bild. Zu verfolgen sind die divergenten ideologischen und realgeschichtlichen Quellen von Feindbildkonstruktionen *im Nahostkonflikt* und *im Nahostkonflikt zweiter Ordnung*. Zu schnell gerät in der deutschen Antisemitismuskonstruktion um die Protestcamps aus dem Blick, dass den Anlass der Proteste der israelische Krieg bildet, dessen womöglich genozidaler Charakter Gegenstand der Untersuchungen der internationalen Gerichtsbarkeit ist. Des Weiteren sind universelle mit wirklich für dieses Konfliktfeld spezifischen Konfliktmustern ins Verhältnis zu setzen. Für ein angemessenes (relationales) Verständnis der Konfliktdynamiken ist zudem der Kontext der autoritären Reaktion auf die Proteste zu analysieren. Das Policing dieser Proteste mit offenbar deutlich geminderter Rechtsbindung erinnert an andere exzeptionelle Protestereignisse mit dem Charakter unerklärter Ausnahmezustände wie die G-20-Proteste in Hamburg 2017 (Hunold et al. 2018: 45; Malthaner, Teune 2023).

Bisher war die DGS noch nicht der Raum für eine Vertiefung dieser notwendigen Debatten; der existente Arbeitskreis Antisemitismusforschung ist weitgehend mit Vertreter:innen eines Debattenpols besetzt und kein Ort zur Diskussion der Breite und Perspektivenvielfalt der fachlichen Positionen. Es bleibt zu hoffen, dass sich das durch die Diskussion in Blog und Zeitschrift ändert.

Literatur

- Bergmann, Werner / Erb, Rainer 1986: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung – Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38. Jg., Heft 2, 223–246.
- Daub, Jürgen 2024: Ideologische Verirrungen. Zu den »propalästinensischen Protesten« an deutschen Universitäten. <https://blog.sozioologie.de>, letzter Aufruf am 21. April 2025.
- Gallie, W.B. 1955: Essentially Contested Concepts. *Proceedings of the Aristotelian Society*, vol. 56, 167–198.
- Goldberg, Amos / Confino, Alon 2024: From the River to the Sea gibt's viel Raum für Interpretationen. *Geschichte der Gegenwart*, 31. Januar 2024. <https://geschichtedergegenwart.ch>, letzter Aufruf am 21. April 2025.
- Haury, Thomas 2024: Israelbezogener Antisemitismus. In Peter Ullrich / Sina Arnold / Anna Danilina / Klaus Holz / Uffa Jensen / Ingolf Seidel / Jan Weyand (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Studien zu Ressentiments in Geschichte und Gegenwart*, Band 8. Göttingen: Wallstein Verlag, 42–50.
- Hirschauer, Stefan 2025: Wer definiert, was Antisemitismus ist? *Merkur*, 79. Jg., Heft 909, 47–57.
- Holz, Klaus 2025: Selbstbild und Funktion. Fortschreiben der Kritischen Theorie des Antisemitismus. *SOZIOLOGIE*, 54. Jg., Heft 2, 178–185.
- Hunold, Daniela / Knopp, Philipp / Schmidt, Stephanie / Thurn, Roman / Ullrich, Peter 2018: Policing der G20-Proteste in Hamburg im Juli 2017. *Ergebnisse einer strukturierten Demonstrationsbeobachtung. Kriminologisches Journal*, 50. Jg., Heft 1, 34–47.
- IHRA 2016: Working definition of antisemitism. <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism>, letzter Aufruf am 21. April 2025.
- JDA 2021: Jerusalem Declaration on Antisemitism. <https://jerusalemdeclaration.org>, letzter Aufruf am 21. April 2025.
- Lintl, Peter / Ullrich, Peter 2024: Der Nahostkonflikt. Realkonflikt und Antisemitismus. In Peter Ullrich / Sina Arnold / Anna Danilina / Klaus Holz / Uffa Jensen / Ingolf Seidel / Jan Weyand (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Studien zu Ressentiments in Geschichte und Gegenwart* Band 8. Göttingen: Wallstein Verlag, 86–93.

- Malthaner, Stefan / Teune, Simon (Hg.) 2023: Eskalation. G20 in Hamburg, Protest und Gewalt. Hamburg: Hamburger Edition.
- Neidhardt, Friedhelm / Rucht, Dieter 1993: Auf dem Weg in die »Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. Soziale Welt, 44. Jg., Heft 3, 305–326.
- Rensmann, Lars / Stögner, Karin 2024: Forschung nach Dogma. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Juni 2024.
- Ullrich, Peter 2023: »BDS today is no different from the SA in 1933«. Juridification, Securitisation and »Antifa«-isation of the Contemporary German Discourse on Israel-Palestine, Antisemitism and the BDS Movement. In David Feldman / Marc Volovici (eds.), Antisemitism, Islamophobia, and the Politics of Definition. Palgrave Critical Studies of Antisemitism and Racism. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 211–234.
- Ullrich, Peter 2025: Hochschulproteste zum Gaza-Krieg, autoritärer Anti-Antisemitismus und das Ende der Kritik. In Marcus Hawel / Stefan Kalmring / Nina Schlosser (Hg.), Wozu noch kritische Wissenschaft. Schlussband der Reihe Work in Progress – Work on Progress. Hamburg: VSA (im Druck).
- Ullrich, Peter / Arnold, Sina / Danilina, Anna / Holz, Klaus / Jensen, Uffa / Seidel, Ingolf / Weyand, Jan (Hg.) 2024: Was ist Antisemitismus? Studien zu Ressentiments in Geschichte und Gegenwart Band 8. Göttingen: Wallstein Verlag.

Autoritarismus durch die Hintertür. Die Antisemitismusforschung droht sich in ihr Gegenteil zu verkehren

Christoph Gollasch

Im Fahrwasser migrationsfeindlicher und rassistischer Debatten hat sich auch der Topos des importierten Antisemitismus immer stärker verbreitet. Zwar wird von der Mehrheit der Akteur*innen regelmäßig die Floskel bemüht, dass Antisemitismus ein Problem aller gesellschaftlichen Schichten sei. Aktuell spielt allerdings hauptsächlich der »Antisemitismus der anderen« eine Rolle. »Die anderen« sind im Kontext von Antisemitismus vor allen Muslim*innen und Geflüchtete, aber auch politische Extremist*innen. Gefragt nach den Gründen für den zunehmenden Antisemitismus, sagten bereits 2019 67 Prozent der Befragten: »Weil es immer mehr Muslime in

Deutschland gibt, unter denen Antisemitismus weiter verbreitet ist« (Institut für Demoskopie Allensbach 2019: 3).¹

Die Zahlen stehen in eklatantem Widerspruch zu den Statistiken über antisemitische Straftaten. Selbst 2023, als sich die Zahl der antisemitischen Delikte im Zuge des 7. Oktobers im Vergleich zum Vorjahr bereits verdoppelt hatte (von 2.641 auf 5.164), zeigte sich das rechte Milieu noch immer für 59 Prozent der Straftaten verantwortlich (Bundeskriminalamt 2024).² Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass die Bundestagsfraktion der sogenannten Alternative für Deutschland (AfD) sowohl die Resolution »Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken« (Deutscher Bundestag 2024) als auch jüngst die Resolution »Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegentreten sowie den freien Diskursraum sichern« (Deutscher Bundestag 2025) unterstützte. Denn die Willensbekundungen nennen neben dem Links- und Rechtsextremismus insbesondere den Islamismus und die »Zuwanderung aus den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens« als Quellen des Antisemitismus.³

So formuliert die Politik selbstbewusst ihren Anspruch. Hochschulen seien zwar »offene Orte der Wissenschaft und des freien und kritischen Diskurses«, doch »Nie wieder ist jetzt« bedeute, dass Antisemitismus und Israelfeindlichkeit keinen Platz an Schulen und Hochschulen haben [dürfen]« (Deutscher Bundestag 2025: 1 f.) Dabei hatte eine Studie noch ein Jahr zuvor gezeigt, dass klassische antisemitische Einstellungen unter Studierenden weit weniger verbreitet sind (8 %) als im gesellschaftlichen Durchschnitt (18 %) (Hinz, Marczuk, Multrus 2024: 4). Die Botschaft aus dem Bundestag ist klar: Antisemitismus soll zuvorderst als Israelfeindlichkeit erforscht werden. Hierfür hat sich der Begriff des israelbezogenen Antisemitismus etabliert.⁴

1 Zudem glaubten 61 Prozent der Befragten, dass es durch die Zuwanderung von Muslimen nach Deutschland in Zukunft häufiger zu antisemitischen Vorfällen beziehungsweise Anfeindungen kommen würde.

2 In den vorangegangenen Jahren waren in der Regel mehr als 80 Prozent der antisemitischen Straftaten vom rechten Spektrum verantwortet worden (Mediendienst Integration 2025).

3 Die gesellschaftliche »Mitte« findet hingegen kaum Beachtung. An einer Stelle heißt es in der zweiten Bundestagsresolution, der Antisemitismus wirke »allerdings auch bis tief in die Mitte der Gesellschaft«, womit die »Mitte« gerade als Quelle des Antisemitismus angenommen wird (Deutscher Bundestag 2025: 1). In der Resolution von 2024 steht immerhin: »Antisemitismus findet sich seit langem in allen gesellschaftlichen Bereichen und hat verschiedene Nährböden.« (Deutscher Bundestag 2024: 2)

4 2004 erschien der von Doron Rabinovici, Ulrich Speck und Natan Sznaider herausgegebene Sammelband »Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte«. Die Debatte wurde 2019

Als Container umfasst er sowohl den Antisemitismus des politischen »Extremismus«⁵ als auch den Antisemitismus der Rassifizierten.

Den Antisemitismus vorrangig bei den »anderen« zu verorten, seien es (Post-)Migrant*innen oder politisch eher links stehenden Schüler*innen und Studierende, verweist auf die Vermischung von objektiviertem Wissen und subjektiven politischen wie moralischen Vorstellungen. Dies muss die Sozialwissenschaft, die in Deutschland primär durch die Politik finanziert wird, reflektieren. Ohne Selbstreflexion vermenget sie unweigerlich ihre eigenen und die politischen und moralischen Vorstellungen ihrer Geldgeber*innen mit dem Forschungsgegenstand. Insbesondere die Einstellungsforschung sollte sich hinterfragen, inwieweit sie der Politisierung nicht schon folgt und selbst zur Externalisierung des Antisemitismus beiträgt.

Umfragen aus den vergangenen Jahren deuten darauf hin, dass antisemitische Stereotype unter (Post-)Migrant*innen weiter verbreitet sind als unter Deutschen ohne Migrationsbiographie (Arnold 2023). Doch liegt dies vor allem an dem umstrittenen Phänomen des israelbezogenen Antisemitismus. So bejahten 2020 über 40 Prozent der befragten Muslim*innen die Aussage »Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat«, während nur fünf bis zehn Prozent der evangelischen, katholischen und konfessionslosen Befragten der Aussage zustimmten (Kieß et al. 2020: 237). Dagegen weichen die Zustimmungswerte von (Post-)Migrant*innen zum klassischen Antisemitismus nur wenig vom gesellschaftlichen Durchschnitt ab. Beim sekundären Antisemitismus, also einer Spielart des Antisemitismus, die eine Schuldumkehr in Bezug auf den Holocaust bemüht, liegen sie sogar darunter.

Wie die Antisemitismusforscherin Sina Arnold argumentiert hat, verschleiern Kategorien wie »muslimisch« und »Migrationshintergrund« mitunter mehr als sie zur Differenzierung beitragen (Arnold 2023). Relevant ist hingegen, aus welchen konkreten Kontexten, aus welchen Ländern und Milieus die Befragten stammen. Am gewichtigsten scheint, wie lange die Befragten bereits in Deutschland leben und ob sie eingebürgert sind. Wenn Antisemitismus von Aufenthaltsdauer und Einbürgerung abhängt, welche Erkenntnisse produziert dann die Einstellungsforschung durch das Abfragen von Items? Noch 2012 stimmte ein Viertel aller Befragten der Aussage

weitergeführt im von Rabinovici, Sznajder und Christian Heilbronn herausgegebenen Sammelband »Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte« (Axster: 2022).

5 Für eine Kritik des Extremismusbegriffs siehe meinen Beitrag im Sammelband »Sprachgewalt« (Gollasch 2021).

zu, »durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer«. 2022 waren es nur noch 13 Prozent (Decker et al. 2022: 68). Zwischen 2012 und 2022 wiederum lag die Etablierung und Durchsetzung der sogenannten Staatsräson, das heißt der bedingungslosen Solidarität mit dem Staat Israel. Kritik an der israelischen Regierungspolitik und Antisemitismus wurden zunehmend vermengt, beispielweise durch die Indossierung der IHRA-Arbeitsdefinition.

Antisemitismus erscheint folglich nicht nur als eine Frage des Judenhasses, sondern auch als eine Frage des differenzierten Sprechens. Längst ist das Phänomen auf den Begriff gebracht worden: »Kommunikationslatenz« beschreibt eine in der Öffentlichkeit wirksame anti-antisemitische Norm, die nicht länger zulässt, dass sich Antisemitismus artikuliert, die Artikulation stattdessen ins Private verdrängt (Bergmann, Erb 1986). Die Verdrängung des Antisemitismus ins Private macht dessen Erforschung nicht leichter. Um Zustimmungswerte zu generieren, muss die Einstellungsforschung immer findigere Items entwickeln. So lautet Heinrich Treitschkes »Die Juden sind unser Unglück« heute: »Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.« (Decker et al. 2024: 36). Und Wilhelm Marrs Vorstellung eines »exklusiven Wesen« der Juden: »Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.« (ebd.: 39 ff.)

Zwar meint die Einstellungsforschung, den Antisemitismus zu ergründen, misst aber de facto auch, wie gut die Befragten das gewünschte Sprechen über Holocaust, Juden und Israel internalisiert haben. Antisemitismus wird so zu einer Frage von Bildung – abhängig von *class* und *race*. Aus Sicht der in erster Linie weißen, bildungsbürgerlichen Wissenschaftler*innen muss es Ausdruck eines schimärischen Antisemitismus sein zu bejahen, dass einem durch die israelische Politik die Juden immer unsympathischer würden – schließlich ist es aus deutscher Perspektive unabdingbar, zwischen Israelis und Jüdinnen beziehungsweise Juden zu unterscheiden. Qualitative Studien hingegen, die sich tief in die Gefilde ihres Forschungsgegenstandes begeben haben, beschreiben mitunter Lebenswelten, auf die die Forschenden ihren Blick nicht einfach übertragen können. So stellte etwa David Ranan anhand von Interviews mit gebildeten Berliner Muslim*innen heraus, dass die Gesprächspartner*innen zwar eine ganze Palette antisemitischer Topoi artikulierten, diese aber im Kontext des Nahostkonflikts standen, in dem sprachlich kaum zwischen Jüdinnen/Juden und Israelis differenziert wird (Ranan 2018).

Sofern in einer postmigrantischen Gesellschaft zu leben, bedeutet, grundsätzlich anzuerkennen, dass Migration und Transkulturalität die deutsche Gesellschaft konstitutiv prägen (El-Mafaalani 2018; Foroutan 2019), muss auch der Antisemitismus vor diesem Hintergrund betrachtet werden. Was bedeutet, dass nicht länger nur das deutschsprachige Feuilleton, sondern auch die Lebenswelten zwischen Nahost und Neukölln den Sprachgebrauch der Deutschen prägen. Kann es sein, dass eine Differenzierung zwischen Israelis und Jüdinnen/Juden Al Jazeera und Telegram-Kanälen, in denen die israelischen Kriegsverbrechen in Gaza und die systematische Entrechtung von Palästinenser*innen in Echtzeit nachverfolgt werden, aber auch den Aussagen israelischer Politiker*innen zum Opfer fällt, die Israel mit den Jüdinnen/Juden identifizieren?

Progressive Soziolog*innen haben schon vor Jahren festgehalten, dass »eine postkoloniale Rahmung der deutschsprachigen Soziologie [...] zur (Selbst-)Reflexion über die materiell-strukturelle wie symbolisch-kulturelle und metaphorische Ver-Ortung der eigenen soziologischen Praxis zwingt« (Reuter, Villa 2010). Für die Antisemitismusforschung lässt sich nur allzu oft das Gegenteil feststellen: An die Stelle der eigenen Verortung tritt die Anwendung des geronnenen Wissens über die historischen Formen des europäischen Antisemitismus. Ein Exempel hierfür hat jüngst die Leipziger Autoritarismus-Studie statuiert. Drei neu geschaffene Items sollen das Phänomen des »postkolonialen Antisemitismus« erfassen, spiegeln aber vor allem die Vorstellungswelten der Forscher*innen – wovon nicht zuletzt das Ergebnis zeugt, dass AfD-Wähler*innen »postkolonialem Antisemitismus« am stärksten zustimmten (Decker, Kiess, Brähler 2024: 146).⁶

6 Die Verzerrungen resultieren mitunter daraus, dass Items nicht länger auseinandergehalten werden können. So zählt beispielsweise die Aussage »Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg« nicht zum sekundären, sondern zum israelbezogenen Antisemitismus. Doch macht es sehr wahrscheinlich einen Unterschied, ob Deutsche mit »Nazihintergrund« oder Personen mit palästinensischer Migrationsbiografie die Aussage bejahen. Zum Phänomen »postkolonialer Antisemitismus« zählen wiederum Aussagen mit Begriffen, die in der Tradition rechten Sprachgebrauchs stehen: »Der deutsche Schuldkomplex behindert den Freiheitskampf der Palästinenser.« Andere Aussagen zielen auf Triggerpunkte in der aktuell aufgeheizten Debatte und messen eher die emotionalisierte politische Auseinandersetzung anstelle von Antisemitismus: »Israel wurde nur gegründet, damit Europäer kein schlechtes Gewissen haben.« Und: »Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten.« (Decker et al. 2024: 62 ff.)

Ohne Kontextwissen verkommen die Daten zu Gefangenen des aufgeheizten Diskurses. Moralisch und politisch überladene Selbst- und Fremdbilder füllen die Leerstellen, vor allem durch einen Rückbezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit. Wer »aus der Vergangenheit gelernt« hat, gilt als ein vollwertiges Mitglied der deutschen Gesellschaft. Vergangenheit bedeutet dabei Nationalsozialismus und Nationalsozialismus bedeutet Auschwitz. So hat sich ein Verständnis von Antisemitismus etabliert, das nicht aus dem Neuen Testament, aus dem Mittelalter, aus der Reconquista oder aus der europäischen Moderne, sondern in erster Linie aus dem Holocaust abgeleitet wird – und damit nicht als historisch wandelbar begriffen, sondern als statische »Weltanschauung und Leidenschaft« essentialisiert wird (Kurth, Salzborn 2019).

Die Forschung gerät damit ins Fahrwasser des Autoritarismus staatlicher Antisemitismusbekämpfung und wird ironischerweise selbst zum autoritären Syndrom. Ihre Daten sind Wasser auf die Mühlen einer deutschen Gesellschaft, in der sich die obrigkeitsstaatliche Formierung der Antisemitismuskritik anschickt, mit immer härteren Mitteln gegen den »Antisemitismus der anderen« vorzugehen: Verschärfungen im Strafrecht, Versammlungsverbote, Ausweisungen, Abschiebungen, Verlust der Staatsangehörigkeit – Maßnahmen, die vor allem Rassifizierte treffen. Die Antisemitismusforschung steht unweigerlich im Kontext eines eigentümlichen deutschen *nation building*, das sich seit den 1980er Jahren als Reaktion auf die Etablierung der Holocausterinnerung in den USA entwickelt hat (Eder 2016). Dabei ist der staatliche Anti-Antisemitismus längst zu einem zentralen Moment nationaler Identität und außenpolitischer Legitimität geworden. Nicht nur hat die deutschsprachige Antisemitismusforschung diese Dynamik bislang nicht hinreichend reflektiert. Es steht gar die Möglichkeit im Raum, dass sie selbst zu diesem neuen Autoritarismus beiträgt.

Die Antisemitismusforschung täte gut daran, sich auf ihre Wurzeln zu besinnen und wieder an die Frankfurter Schule anzuschließen. Allerdings müsste sie sich von deren epigonalen Rezeption lösen und darauf konzentrieren, was auch das Hauptanliegen von Adorno war: die empirische Sozialforschung. Diese stand im Lichte der »Elemente des Antisemitismus«, der Erkenntnis, dass antisemitische Einstellungen zum Teil eines »faschistischen Tickets« geworden seien und nicht für sich allein stünden: »Wenn die Massen das reaktionäre Ticket annehmen, das den Punkt gegen Juden enthält, gehorchen sie sozialen Mechanismen, bei denen die Erfahrungen der Einzel-

nen mit Juden keine Rolle spielt.« (Horkheimer, Adorno 2011: 210). Die Bedeutung des Antisemitismus besteht vor allem darin, als Syndrom auf größere gesellschaftliche Zusammenhänge, insbesondere Autoritarismus, zu verweisen. In dieser Perspektive müssten die Items der Einstellungsforschung nicht nur die Pluralität der Gesellschaft adäquater darstellen. Die Darstellung verbreiteter Stereotype wäre auch nicht länger hinreichend, um »die anderen« als die Träger*innen des Antisemitismus zu stigmatisieren.

Literatur

- Arnold, Sina 2023: Antisemitismus unter Menschen mit Migrationshintergrund und Muslim*innen. <https://mediendienst-integration.de/>, letzter Aufruf am 4. Februar 2025.
- Axster, Felix 2022: Heilbronn, Rabinovici & Sznaider (Hg.): Neuer Antisemitismus? [Rezension]. <https://www.rosalux.de/>, letzter Aufruf am 20. Mai 2025.
- Bergmann, Werner / Erb, Rainer 1986: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38. Jg., Heft 2, 223–246.
- Bundeskriminalamt 2024: Politisch motivierte Kriminalität, Bundesweite Fallzahlen 2023. <https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html>, letzter Aufruf am 20. Mai 2025.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar 2024: Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In Oliver Decker / Johannes Kiess / Ayline Heller / Elmar Brähler (Hg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen*. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial-Verlag, 133–160.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar 2024: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker / Johannes Kiess / Ayline Heller / Elmar Brähler (Hg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen*. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial-Verlag, 29–99.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Schuler, Julia / Brähler, Elmar 2022: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker / Johannes Kiess / Ayline Heller / Elmar Brähler (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag, 31–90.
- Deutscher Bundestag 2024: Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken. Drucksache 20/13627.

- Deutscher Bundestag 2025: Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegnetreten sowie den freien Diskursraum sichern. Drucksache 20/14703.
- Eder, Jacob 2016: Holocaust Angst. The Federal Republic of Germany and American Holocaust Memory since the 1970s, Oxford: Oxford University Press.
- El-Mafaalani, Aladin 2018: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Foroutan, Naika 2019: Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript.
- Gollasch, Christoph 2021: Extremismus. In David Ranan (Hg.), Sprachgewalt. Missbrauchte Wörter und andere politische Kampfbegriffe. Bonn: Dietz, 194–210.
- Hinz, Thomas / Marczuk, Anna / Multrus, Frank 2024: Studentisches Meinungsklima zur Gewalteskalation in Israel und Gaza und Antisemitismus an deutschen Hochschulen. Working Paper Series / Cluster of Excellence »The Politics of Inequality«, no. 16. <http://inequality.uni.kn/working-papers>, letzter Aufruf am 20. Mai 2025.
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. 2011 [1947]: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main: Fischer.
- Institut für Demoskopie Allensbach 2019: Entwicklung des Antisemitismus: Einschätzung der Bevölkerung. Allensbach. <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/65145>, letzter Aufruf am 20. Mai 2025.
- Kiess, Johannes / Decker, Oliver / Heller, Aylene / Brähler, Elmar 2020: Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes. In Oliver Decker / Elmar Brähler (Hg.), Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag, 211–248.
- Kohlstruck, Michael / Ullrich, Peter 2014: Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin. Berlin: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, www.ssoar.info/ssoar/handle/document/41490, letzter Aufruf am 20. Mai 2025.
- Kurth, Alexandra / Salzborn, Samuel 2019: Antisemitismus in der Schule. Grundannahmen für die schulische Präventionsarbeit. Bundeszentrale für politische Bildung, 25. September 2019. www.bpb.de, letzter Aufruf am 20. Mai 2025.
- Mediendienst Integration 2025: Wie viele antisemitische Straftaten gibt es? <https://mediendienst-integration.de/desintegration/antisemitismus.html>, letzter Aufruf am 20. Mai 2025.
- Ranan, David 2018: Muslimischer Antisemitismus. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland? Bonn: Dietz.
- Reuter, Julia / Villa, Paula-Irene 2010: Provincializing Soziologie. Postkoloniale Theorie als Herausforderung. In Julia Reuter / Paula-Irene Villa (Hg.), Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Interventionen. Bielefeld: transcript, 11–46.

Widerstand gegen Weiße. Zur Thematisierung von Israel/Palästina in der dekolonialistischen Theorie

Jens Kastner

Post- und dekolonialistische Ansätze in den Sozialwissenschaften sind ohne politischen Antikolonialismus nicht zu denken. Das ist nicht nur eine beschreibende Feststellung, sondern kann auch als positive Wertung gelesen werden: Die Motivation, koloniale Gewaltverhältnisse zu bekämpfen, hat die wissenschaftlichen Perspektiven bereichert (vgl. Young 2001). Derzeit führt die Verknüpfung von Analyse und Aktivismus allerdings zu Positionierungen, die sowohl zulasten analytischer Stringenz und Plausibilität gehen als auch solchen aktivistischen Allianzen gegen den »reaktivierten Nationalismus« (Messerschmid 2024) nicht eben zuträglich sind, die Rassismus- und Antisemitismuskritik miteinander zu verknüpfen suchen.

Die Geschichte der modernen Welt ist geprägt von verschiedenen Formen und Phasen kolonialer Gewalt. In den europäischen Sozialwissenschaften wird der Kolonialismus bis heute jedoch häufig nicht als integraler Bestandteil der Moderne interpretiert: Von Jürgen Habermas' »Der philosophische Diskurs der Moderne« (1988) über Armin Nassehis »Der soziologische Diskurs der Moderne« (2009) bis hin zu Moderne-Debatten der Gegenwart (Reckwitz, Rosa 2021; Schauer 2023) ist die koloniale Dimension des Sozialen weitgehend abwesend.¹ Dabei wirken auch nach Ende der europäischen Kolonialismen in Afrika, Asien und Lateinamerika die Effekte des Kolonialismus in dem fort, was der peruanische Soziologe Aníbal Quijano als »Kolonialität der Macht« (2016) beschrieben hat. Diese Effekte betreffen nicht nur die globale Ökonomie, sondern auch die Wissenssysteme und die Formen der Subjektivierung, wie neben Quijano einflussreiche Theoretiker*innen wie Enrique Dussel, Walter Dignolo, Silvia Rivera Cusicanqui und Rita Segato gezeigt haben, deren Werke zum Teil inzwischen auch auf Deutsch vorliegen (vgl. zusammenfassend Kastner 2022). Diese Ansätze haben eine dringend notwendige Erweiterung von Analysen und Zeitdiagnosen der Moderne eingeklagt und zum Teil umgesetzt.

Die Beispiele sind unendlich, anhand derer das Fortwirken kolonialer Politik- und Denkmuster auch nach Ende der politisch-militärischen Kolonialherrschaft gezeigt wurde und sich zeigen ließe: Die nach ethnifizierten Kriterien gegliederte Sozialstruktur der Länder Lateinamerikas, der Einfluss

1 Zu Hartmut Rosa vgl. auch Kastner (2019).

französischer Währungspolitik in Westafrika, die Abwertung lokaler Bräuche und Gewohnheiten in allen Regionen der Welt zugunsten konzerngesteuerter Kommodifizierung und so weiter und so fort. Demgegenüber scheint es vor allem im Kontext der dekolonialistischen Theorie derzeit nur ein einziges, paradigmatisches Beispiel für die Kontinuität des europäischen Kolonialismus zu geben: Israel. Es heißt hier bewusst Israel und nicht die israelische Siedlungspolitik oder der Krieg der israelischen Regierung in Gaza, weil tatsächlich Israel im Kreuzfeuer der Kritik steht. Mit dieser Kritik, so die hier vertretene These, geht einerseits eine Ausblendung der Geschichte des israelischen Staates sowie des gegenwärtigen Antisemitismus einher und andererseits eine Verharmlosung derjenigen, die das Existenzrechts Israels infrage stellen, insbesondere islamistische Akteur*innen.

Es werde immer deutlicher, hatte zuletzt die französische Politologin Françoise Vergès in einem Interview mit der linken spanischen Monatszeitung *El Salto* gesagt, dass »Israel die Avantgarde der westlichen, imperialistischen, weißen Welt« sei (Vergès 2024). Der Diskurs über Israel als die »einzige Demokratie im Orient« sei ebenso kollabiert, sagt sie angesichts des Krieges in Gaza, wie die Idee vom Westen als Hüter der universellen Menschenrechte. Die Jugendlichen in Afrika, Asien, den Amerikas und Europa sowie die post- und dekolonialistischen Theorieansätze hätten diese Idee demaskiert. Auch der dekolonialistische Theoretiker Ramón Grosfoguel, Professor für Chicanos and Latino Studies in Berkeley, sieht in Israel vornehmlich eine »koloniale Militärmacht«, er spricht vom »kolonial-rassistischen« Charakter des Staates Israel und sieht diesen eindeutig in der Tradition der europäischen Kolonialismen. Israel habe aus Gaza eine Art »Konzentrationslager« gemacht. Er nennt Gaza das »Warschauer Ghetto des 21. Jahrhunderts« (Grosfoguel 2024). Ähnlich wie Vergès hatte er die Jüdinnen und Juden zuvor schon als Weiße und damit als Akteur*innen des europäischen Kolonialismus klassifiziert. Jüdinnen und Juden hätten demnach im Laufe der Geschichte die Seiten gewechselt und seien von den unterdrückten »Anderen« zu der als dominant ausgemachten Gruppe der »Weißen« übergegangen, es sei zu einer »incorporation of European Jews as ›Whites‹« gekommen (Grosfoguel 2009: 94). Zumindest implizit wird damit der Antisemitismus als Phänomen der Vergangenheit interpretiert.

Dass die Gründung Israels auch als Reaktion auf die Shoah verstanden werden muss, schätzen beide, Vergès und Grosfoguel, gering oder lassen es gar nicht gelten. In der Tradition antiimperialistischer Weltanschauungen

wird Israel als koloniales und imperialistisches Projekt interpretiert. Die Kolonialität als die Erbin der kolonialen Aufteilung der Welt werde nicht nur »mit Schwert und Feder, mit Glauben, Peitsche und Folter, mittels Drohung und Gewalt«, sondern auch in »Text, Malerei Fotografie und Film immer wieder aufs Neue bekräftigt«, hatte Vergès in ihrem Buch »Dekolonialer Feminismus« geschrieben (2020: 33). Wie als Beispiel dafür spricht sie im zitierten Interview von der großen »Propagandakampagne«, die Israel mit Hilfe von Schriftsteller*innen und Filmemacher*innen betreibe, um das Bild einer offenen und multikulturellen Gesellschaft zu erzeugen.

Mit dem Imperialismus-Narrativ geht auch eine Aufwertung des »Volkes« als emanzipatorischer Gegenpol zum Imperium einher. Mit dem Begriff »Volk« können bestimmte Bevölkerungsgruppen wie »die Palästinenser« gemeint sein, aber auch soziale Bewegungen. Dabei ist eine unkritische Haltung gegenüber islamistischen Akteur*innen und Programmen festzustellen. Vergès beispielsweise sieht in ihrem Buch zwei Formen des Patriarchats im Westen, ein multikulturelles unter Vorherrschaft liberaler bis neoliberaler Werte, und ein neofaschistisches und maskulinistisches, das schwer erkämpfte Rechte von Frauen und Transpersonen zurückdränge (vgl. Vergès 2020: 109 ff.). Über patriarchale Muster in islamisch geprägten Gesellschaften schweigt sie sich jedoch weitgehend aus. Sie freut sich über die Motivationen der globalen antiimperialistischen Bewegungen, seien sie nun »religiös oder seien sie queer« (Vergès 2024), als bestünde keine Spannung zwischen beiden Haltungen.

Am 9. Oktober 2023, zwei Tage nach der Terrorattacke der Hamas, postete Vergès auf X den Satz: »Die Dekolonialisierung ist weder eine Metapher noch eine Moralpredigt«, was zum einen nahelegt, dass sie den Hamas-Terror für eine Dekolonisierungspraxis hält und dass sie ihm deshalb zum anderen nicht ablehnend gegenübersteht. Auch Grosfoguel übt keinerlei Kritik an islamistischen Werten oder Politiken, im Gegenteil. Am 7. Oktober habe die Hamas vor allem »militärisches Personal« attackiert, schreibt er, die zivilen Opfer seien entweder »fake news« der israelischen Propaganda oder vom israelischen Militär selbst herbeigeführt worden. In seinem Artikel auf der Seite der Islamic Human Rights Commission (IHRC), auf der auch zum antiisraelischen Al Quds-Tag mobilisiert wird, schreibt er, trotz des Krieges Israels in Gaza gebe es Hoffnung. Diese politische Hoffnung besteht für ihn darin, dass Israel gleichzeitig von Gaza, dem Libanon, Syrien, dem Irak und Jemen ins Kreuzfeuer genommen würde. Er nennt diese islamistische Allianz eine »Achse des Widerstands« (Grosfoguel 2024).

Nicht jede Kritik am Staat Israel oder gar an bestimmten Maßnahmen der jeweiligen israelischen Regierung ist per se antisemitisch. Antisemitische Haltungen können sich jedoch auch in der Kritik am Staat Israel äußern, insbesondere dann, wenn diesem Staat damit das Existenzrecht aberkannt wird. Israel als Kolonialmacht zu beschreiben, legt eine solche Aberkennung des Existenzrechts zumindest sehr nahe, gibt es doch für die Aufrechterhaltung kolonialistischer Herrschaft aus demokratischer und emanzipatorischer Sicht keine legitime Grundlage. Unzweifelhaft ist jedenfalls die unkritische bis positive Bezugnahme einiger Vertreter*innen der dekolonialistischen Theorie auf einen politischen Islamismus, dessen antisemitische Dimension evident ist.

Der Beifall für islamistische Politiken ist sowohl in analytischer als auch in politischer Hinsicht problematisch. Nicht auf die patriarchale Dimension des Islamismus einzugehen, stellt den Erkenntniswert einer Analyse der Art und Weise, »wie der Komplex Rassismus/ Sexismus/ Ethnizismus alle Herrschaftsverhältnisse durchdringt« (Vergès 2020: 33) in Frage, den Vergès zum zentralen Untersuchungsgegenstand der dekolonialen Feminismen erklärt. Im Hinblick auf politische Strategien bleibt mit dem Ausblenden der antiemanzipatorischen Agenda des Islamismus völlig schleierhaft, wie die misogynie und patriarchale Ideologie der Dschihadisten mit einer linken Perspektive auf Befreiung zu vermitteln wäre, die sowohl Vergès als auch Grosfoquel für sich in Anspruch nehmen. Hier findet eine Entleerung der ehemals (zumindest nominell) an Befreiungsprojekten orientierten, antiimperialistischen Haltungen statt: Indem der Antiimperialismus sich nur negativ gegen den vermeintlichen Repräsentanten des (US-)Imperialismus, also Israel, absetzt, anstatt sich über ein emanzipatorisches Projekt als positiven Bezugspunkt zu definieren, bleibt er inhaltlich leer. Diese Entleerung wird über die Verklärung des islamistischen Terrors zum »Widerstand«, wie es innerhalb der globalen Linken auch jenseits explizit post- und dekolonialer Ansätze geschieht, nur schlecht kaschiert.² Islamistische Akteur*innen wie Hamas und Hisbollah als »Widerstandsbewegungen« zu verklären und damit konnotativ aufzuwerten, ist ebenso wenig ein Alleinstellungsmerkmal de- und postkolonialistischer Ansätze wie die Haltung, im Staat Israel vornehmlich eine Kolonialmacht zu sehen (vgl. Kastner 2024).

Die sogenannte »Achse des Widerstands« muss demgegenüber wohl mehr als Teilaspekt des Aufstiegs antiemanzipatorischer Kräfte inklusive

2 Zur Entleerung des Antiimperialismus vgl. Kastner (2025).

»reaktiviertem Nationalismus« begriffen werden denn als eine Gegenbewegung zu ihr. Dies nicht zuletzt deshalb, weil nach wie vor außer Frage stehen sollte, dass es Ansätze braucht, die die Effekte der Kolonialität auf Frauen im globalen Süden untersuchen, wie die mexikanischen Feministinnen Karina Ocho Muñoz und María Teresa Gazón Martínez angemahnt haben (Ocho Muñoz, Gazón Martínez 2019).

Es ist wichtig, im Blick zu behalten, dass sich viele der Theoretiker*innen, die der dekolonialistischen Theorie zugeordnet werden, zu Israel/Palästina gar nicht geäußert haben. Hier wurden nur zwei Beispiele diskutiert. Als wie paradigmatisch sie gelten müssen, wäre erst noch zu debattieren. Eine Kritik jedenfalls, die post- und dekolonialistische Ansätze bloß als »Variante des rechten Ethnopluralismus« abtut (Elbe 2024: 18), greift sicherlich zu kurz.³ Denn die Beiträge dekolonialistischer Theorie zur Entwicklung der Sozialwissenschaften sowie zu deren schon 1971 vom mexikanischen Soziologen Rodolfo Stavenhagen geforderten Dekolonisierung sind wichtige Korrektive für eurozentrische Schlagseiten der modernen Sozialwissenschaften. Ihre Errungenschaften sollten nicht infrage gestellt werden. Zugleich müsste eine dekolonialistisch ausgerichtete Soziologie aber auch die Fallstricke reflektieren, die eine (alleinige) Anwendung ihrer Analyse- und Diskursmuster auf Israel mit sich bringt. Schließlich nehmen einige Vertreter*innen dekolonialistischer Theorie in ihren aktuellen Äußerungen zur Lage im sogenannten Nahen Osten analytisch wie politisch höchst fragwürdige Positionen ein.

Literatur

- Elbe, Ingo 2024: Antisemitismus und Postkoloniale Theorie. Der »progressive« Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung. Berlin: Edition Tiamat.
- Grosfoguel, Ramón 2009: Human Rights and Anti-Semitism After Gaza. *Human Architecture. Journal of the Sociology of Self-Knowledge*, vol. VII, no. 2, 89–101.
- Grosfoguel, Ramón 2024: Gaza: The Warsaw Ghetto of the 21st Century. *The Long View*, vol. 6, no. 1, www.ihr.org.uk, letzter Aufruf am 13. Mai 2025.

3 Ingo Elbe beansprucht in seiner Auseinandersetzung mit postkolonialer Theorie nicht nur, deren Lücken zu zeigen, sondern sie »in Gänze als reduktionistisches Wissensregime« auszuweisen (Elbe 2024: 20). Dass dies trotz vieler stichhaltiger Argumente gegen die antisemitischen Tendenzen in manchen Positionierungen innerhalb der post- und dekolonialistischen Theorie allerdings nicht gelingt, ist der sehr tendenziösen und polarisierenden Interpretation geschuldet.

- Habermas, Jürgen 1988: Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kastner, Jens 2019: Raserei und Ausblendung. Anmerkungen zu Hartmut Rosas Theorie von Beschleunigung und Resonanz aus dekolonialistischer Perspektive. *analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Heft 653, 34.
- Kastner, Jens 2022: Dekolonialistische Theorie aus Lateinamerika. Einführung und Kritik. Münster: Unrast.
- Kastner, Jens 2024: Worte wie Widerstand. Israel, Palästina und die globale Linke. Ein Beitrag zur Debatte. *Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung*. <https://tagebuch.at>, letzter Aufruf am 13. Mai 2025.
- Kastner, Jens 2025: Abschied vom Antiimperialismus. *Merkur*, 79. Jg., Heft 911, 93–99.
- Messerschmid, Astrid 2024: Rassismus- und Antisemitismuskritik in den aktuellen Gewaltverhältnissen. <https://blog.soziologie.de>, letzter Aufruf am 13. Mai 2025.
- Nassehi, Armin 2009: Der soziologische Diskurs der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Ocho Muñoz, Karina / Gazón Martínez, María Teresa 2019: Introducción. In Karina Ocho Muñoz (ed.), *Mirada en torno al problema colonial. Pensamiento anti-colonial y feminismos descoloniales en los sures globales*. México D.F.: Ediciones akal, 5–32.
- Quijano, Aníbal 2016: Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika. Wien, Berlin: Turia + Kant.
- Reckwitz, Andreas / Rosa, Hartmut 2021: Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Berlin: Suhrkamp.
- Schauer, Alexandra 2023: Mensch ohne Welt. Eine Soziologie spätmoderner Vergesellschaftung. Berlin: Suhrkamp.
- Stavenhagen, Rodolfo 1971: Sociología y Subdesarrollo. México D.F.: Editorial Nuestro Tiempo, 38–64.
- Vergès, Françoise 2020: Dekolonialer Feminismus. Wien: Passagen.
- Vergès, Françoise 2024: La liberación de Palestina sería una verdadera sacudida para el mundo. Interviewt von Sarah Babiker. *El Salto*, 15. Mai 2024. www.elsaltodiarío.com, letzter Aufruf am 13. Mai 2025.
- Young, Robert J.C. 2001: Postcolonialism. An historical introduction. Oxford: Blackwell.